

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ständigen Ausschusses

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Februar 2023 – Drucksache 17/4226

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2021 bis 2024

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Februar 2023 – Drucksache 17/4226 – Kenntnis zu nehmen.

11.5.2023

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Arnulf Freiherr von Eyb

Guido Wolf

Bericht

Der Ständige Ausschuss beriet die Mitteilung der Landesregierung vom 20. Februar 2023, Drucksache 17/4226, in seiner 19. Sitzung am 11. Mai 2023, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand.

Der Ausschussvorsitzende teilte eingangs mit, die vorliegende Mitteilung habe bereits auf der Tagesordnung für die 18. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 30. März 2023 gestanden. Da die Landesregierung damals jedoch erklärt gehabt habe, sie könne auch mit Blick auf die Staatsferne nicht im Detail zur vorliegenden Mitteilung mit dem Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2021 bis 2024 Stellung nehmen, und der SWR nicht vertreten gewesen sei, sei die Beratung auf die laufende Sitzung verschoben worden, an der u. a. der Intendant des SWR teilnehme.

Der Intendant des SWR führte aus, er bedanke sich für die Einladung und die Gelegenheit, sich über verschiedene Themen auszutauschen. Schwerpunktmäßig gehe es natürlich um den Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2021 bis 2024; er nutze jedoch gern die Gelegenheit, auch etwas zu den aktuellen Entwicklungen rund um den SWR und rund um die ARD zu sagen.

Ausgegeben: 24.5.2023

1

Der SWR sei wirtschaftlich gesund und profitiere wie auch er persönlich von der hervorragenden und verantwortungsbewussten Arbeit seiner Vorgänger. Insbesondere sein unmittelbarer Vorgänger habe einen klugen Kurs gewählt. Nunmehr würden die Rücklagen, die der SWR aufgebaut habe, für Investitionen in die Digitalisierung genutzt und dementsprechend zurückgeführt. Dies weise der SWR als negatives Betriebsergebnis aus, wobei ihm die Klarstellung wichtig sei, dass es sich nicht um einen Verlust handle, sondern um den geplanten und gewollten Abbau von Eigenmitteln.

Der SWR nutze dieses Mittel, um die digitale Transformation zu beschleunigen, und zwar durchaus mit einem gewissen Erfolg. Dem vorliegenden Bericht sei beispielsweise zu entnehmen, dass es dem SWR gelungen sei, die Reichweite im nichtlinearen Bereich innerhalb von nur drei Jahren zu verdreifachen. Diese Entwicklung habe sehr viel damit zu tun, dass der SWR neue Formate an den Start gebracht habe, Formate, die sich an ein Publikum richteten, das die Inhalte nicht mehr nur linear im Radio und im Fernsehen nutze, sondern auch auf anderen Wegen, etwa im Bereich Streaming.

All dies sei dem SWR nur deshalb möglich gewesen, weil Eigenmittel zur Verfügung gestanden hätten, doch in den nächsten Jahren werde der SWR ohne diese Eigenmittel auskommen müssen. Denn der SWR habe sowohl den anderen Häusern als auch der KEF zugesagt gehabt, die vorhandenen Eigenmittel bis zum Ende der Beitragsperiode abzubauen.

Deshalb sehe die Perspektive so aus: Der SWR werde kleiner und schlanker, jedoch nicht schlechter. Der SWR wolle seine Rolle spielen bei der Erfüllung der Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzuhalten und die Demokratie mit „Brennstoff“ auch im Sinne von verifizierten und unabhängig recherchierten Informationen zu versorgen, um der Gesellschaft auch das zu bieten, was sie brauche, nämlich ein Stück regionale Nähe, ein Stück Heimat. Dafür sei der SWR da, und dieser Aufgabe wolle der SWR nachkommen, auch wenn die Zahl der Beschäftigten sinke. Bereits seit einigen Jahren baue der SWR jährlich 0,5 % der Belegschaft ab, und dies werde in den nächsten Jahren mit Sicherheit so weitergehen. Denn jeden Tag könne zur Kenntnis genommen werden, dass sich einige Länder zunehmend auf die Position verfestigten, dass es im Jahr 2025 keine Beitragsanpassung geben solle. Er wolle sich an diesen Spekulationen nicht beteiligen, doch es sei unstrittig, dass der SWR nicht mit gewaltigen Zuwächsen rechnen könne.

Deswegen müsse sich der SWR verändern, und deswegen reformiere sich der SWR und reformiere sich auch die ARD. Die ARD tue dies unter dem Vorsitz des SWR, und der SWR wiederum sei überzeugt von dem, was getan werde. Bei der Reform in der ARD gehe es um viel mehr Arbeitsteilung in der ARD und mehr Kooperationen innerhalb der ARD. Nicht jeder müsse alles machen. Ganz konkret bedeute das, dass nicht mehr alles aufrechterhalten werde. Noch im laufenden Jahr werde die erste Flexibilisierung eines linearen Programms auf den Weg gebracht; konkret werde die lineare Ausstrahlung dieses Programms eingestellt. Die Hörfunkwellen arbeiteten unter Nutzung von Poollösungen stärker zusammen, und für die Drittprogramme werde ein Mantel geschaffen. Es würden journalistische Kompetenzzentren gebildet, damit nicht jeder für jeden Lebensbereich eine eigene Fachredaktion haben müsse. Derzeit bauten beispielsweise alle Häuser große Klima-Fachredaktionen und entsprechende Expertenräte auf, und deshalb stelle sich die Frage, warum das jeder für sich mache, statt diese Ressourcen lediglich ein- oder zweimal in der ARD aufzubauen. Denn dadurch könne sehr viel Kraft gespart werden; gleichzeitig könne inhaltliche Exzellenz gewonnen werden.

Nicht nur die linearen Programme stünden im Fokus; vielmehr werde auch bei den digitalen Angeboten erheblich reduziert, etwa im Bereich Social Media. Im Kleinen werde auch beim SWR so verfahren; der SWR trenne sich auch von Dingen und schaffe auch lineare Angebote ab, weil er die Kraft dafür gewinnen müsse, um zusätzliche Dinge aufbauen zu können. Wenn nicht beabsichtigt sei, die Generation derer, die in den nächsten 30 Jahren für das Land Verantwortung übernehme, im Stich zu lassen und allein zu lassen, müsse der SWR im Bereich Streaming sehr viel besser werden, was jedoch Investitionen erfordere. Dies erfordere Einsparungen bei den linearen Programmen.

Dieser Weg, der dem SWR nun bevorstehe, mache nur dann Freude, wenn die Erfolge in den Fokus genommen würden, beispielsweise die Steigerung der digitalen Reichweite. Den Menschen, die im SWR seit 20 oder 30 Jahren mit sehr viel Herzblut im Bereich der linearen Programme tätig seien, falle die Umstellung hingegen schwer. Er bekomme derzeit im Übrigen auch sehr viel Post von Verbänden, Mandatsträgern, Bürgermeistern, Gemeinderäten, Interessengruppierungen aller Art, und alle erklärten, in welchen Bereichen bitte keine Kürzungen oder Reformen stattfinden sollten und schon gar nicht bei dem Programm, das ihnen selbst gefalle.

Er gehe davon aus, dass entsprechende Post immer wieder auch im politischen Bereich ankomme, und er nutze die Gelegenheit, um Unterstützung und um Rückhalt vonseiten der Politik zu bitten, wenn im SWR und der ARD das getan werde, was getan werden müsse, wenn die Reformen angegangen würden, die die Gesellschaft, die Politik und auch die Medienpolitik forderten. Er bitte darum, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch ein Stück weit Halt zu geben, wenn das Erforderliche umgesetzt werde. Denn einen anderen Weg als den eingeschlagenen sehe er nicht, wenn die ARD ihr Versprechen, sich zu reformieren, einhalten wolle. Die Bereitschaft aufseiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu Reformen jedenfalls sei vorhanden.

Der Ausschussvorsitzende führte aus, er bedanke sich für den Vortrag und auch für die Ehrlichkeit der Ausführungen. Auch wenn Reformen nicht immer nur Begeisterung auslösten, könnten sie mittel- und langfristig zwingend erforderlich sein; auch wenn es um Reformen gehe, sei es erforderlich, sehr viel miteinander zu diskutieren und im Gespräch zu bleiben, um die Vielfalt der Meinungen zusammenzutragen.

Ein Abgeordneter der SPD äußerte, auch er bedanke sich für die Ausführungen. Der Ausschuss habe kürzlich in Norwegen auch Gespräche mit Vertretern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Norwegen (NRK) geführt und in diesem Zusammenhang erfahren, dass der dortige öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Reichweite von 91 % in der norwegischen Bevölkerung habe. Dies sei eine sehr gute Reichweite; gleichwohl kämpfe der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Norwegen mit den gleichen Herausforderungen und Problemen wie die ARD und der SWR.

Zu diesen Herausforderungen gehöre, Fachkräfte für die Zukunft zu gewinnen. Der Intendant des SWR habe erklärt, dass der SWR kleiner werde; gleichwohl müsse jedoch auch personell Know-how aufgebaut werden.

Abschließend erklärte er, er wolle mit seiner Frage nicht in die Reihe derer eingereiht werden, die dem SWR mitteilten, was sich nicht verändern dürfe; gleichwohl interessiere ihn, wie es am Standort Baden-Baden mit der Entwicklung rund um die Sendung „ARD-Buffer“ aussehe, auf deren Sendeplatz nun das ARD-Mittagsmagazin ausgestrahlt werde, welches vom MDR übernommen werde.

Eine Abgeordnete der Grünen legte dar, auch sie bedanke sich für die Ausführungen. Es sei in der Tat von äußerster Bedeutung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk der Gesellschaft qualitativ gute Informationen zur Verfügung stelle. Gerade in Zeiten von Desinformationen und Fake News sei es sehr wichtig, dass in Form des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine demokratische Säule zur Verfügung stehe. Zwischenzeitlich habe der SWR den Sparprozess, mit dem Geld für den digitalen Umbau angesammelt worden sei, beendet, und nun werde der Umbau weiter vorangetrieben. Dies sei wichtig; denn die Mediennutzung entwickle sich immer stärker zugunsten des nonlinearen Bereichs.

Anschließend erkundigte sie sich danach, welche Folgen die Inflation im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks habe, wie sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den nächsten Jahren auf die zu erwartenden Mehrkosten einstelle, die in der Höhe nach nicht eindeutig prognostizierbar seien, und wie stark die Inflation den Medienbereich generell treffe.

Abschließend fragte sie, wie sich die mittlerweile stark gestiegenen Zinsen auf die Altersversorgung auswirkten.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP führte aus, auch er bedanke sich für die Ausführungen. Der Besuch bei den norwegischen Kollegen sei in der Tat sehr interessant gewesen. Beide Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine die Situation, dass die Programmtreue insbesondere auch junger Hörerinnen und Hörer nachlasse und immer weniger Jugendliche die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nutzten, insbesondere was die klassischen Programme angehe, und sich zunehmend über digitale Medien informierten. Er unterstütze daher die Auffassung innerhalb des SWR, dass dringend in den digitalen Umbauprozess investiert werden müsse, um auf die Wechselbereitschaft der Nutzerinnen und Nutzer zu reagieren.

In diesem Zusammenhang seien jedoch viele Investitionen, die in der Vergangenheit zugunsten verschiedener Veranstaltungsformate und auch Sportevents getätigt worden seien, zu hinterfragen. Denn es komme immer seltener vor, dass Nutzerinnen und Nutzer einen ganzen Tag einem einzigen Programm treu blieben, sondern immer häufiger werde intermediär gewechselt. Deshalb stelle sich die Frage, wie sich der Intendant des SWR derartige Veranstaltungsformate und Sportveranstaltungen vorstelle, zumal diese immer teurer würden. Er erinnere in diesem Zusammenhang beispielsweise an die Frauen-Fußball-WM.

Ein Abgeordneter der CDU erkundigte sich danach, wie weit die „Macht“ des Intendanten des SWR in der ARD reiche, ob der Intendant des SWR in seiner derzeitigen Funktion in der ARD also eine Art Chefmoderator der ARD-Sendeanstalten sei oder darüber hinaus auch die Möglichkeit habe, etwas festzulegen oder zu bestimmen.

Der Intendant des SWR antwortete, er sei nicht der Chef, der CEO der ARD, und er würde auch nicht von Macht sprechen. Er sei vielmehr Impulsgeber und Moderator in Diskussionen, und er sei derjenige, der am Ende dafür sorgen müsse, dass eine Entscheidung herbeigeführt werde. Die Mitglieder der SWR-Geschäftsleitung, die derzeit alle Kommissionen leiteten, seien diejenigen, die dafür sorgen müssten, dass in diesen Beratungen ein Klima herrsche, das entsprechende Ergebnisse ermögliche. Wichtig sei, ein Vertrauen zu schaffen, das es ermögliche, dass nicht mehr jeder alles machen wolle, sondern dass auch Aufgaben abgegeben würden. Es sei Aufgabe des SWR, die Basis für das erforderliche Vertrauen zu legen, und ansonsten habe der SWR auch in der Vorsitzrolle eine Stimme unter neun.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Norwegen NRK habe zwar eine Reichweite von 90 %, doch so schlecht, wie es scheine, sei der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland auch nicht. In Deutschland lebten die Menschen nicht ganz so einsam und verstreut wie in Norwegen, sondern zu einem hohen Anteil in Ballungsgebieten, und deshalb sei eine Reichweite von derzeit 75 % immer noch ganz gut. Jeden Tag versorge der öffentlich-rechtliche Rundfunk 56 Millionen Menschen mit seinen Angeboten, vorwiegend übrigens im Radio. Diese Klarstellung sei ihm wichtig, weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk immer wieder auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen verkürzt werde. Fernsehen werde auch gemacht, aber der wichtigste Ausspielweg für die Programme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei das Radio. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk begleite die Menschen von frühmorgens bis in den späten Abend mit Radioangeboten.

Der Vergleich mit Norwegen sei im Übrigen auch insofern schwierig, als die skandinavischen Länder viel digitaler seien als Deutschland. Dies zeige sich auch im Grad der Bargeldzahlung. Auch sprachlich gebe es einen Unterschied; denn in Skandinavien seien eigentlich alle Menschen zweisprachig. Für diese Menschen sei es völlig okay, wenn im Fernsehen englische Produktionen gesendet würden, weil für die dort lebenden Menschen Englisch fast wie eine zweite Amtssprache sei. Die Skandinavier seien Deutschland zwar ein Stück weit voraus, doch das Land komme relativ schnell danach.

Das Thema Fachkräfte sei natürlich auch für den SWR ein Riesenthema. Derzeit reduzierten sich die Bewerberzahlen zwar, doch es sehe immer noch gut aus. Die Bewerberzahlen seien noch immer so, dass der SWR seine Stellen besetzen könne. Bei spezifischen Anforderungen bedürfe es jedoch gleichwohl einer intensiven Suche. Geholfen habe das Phänomen Homeoffice im Rahmen der Bewältigung der Coronapandemie, weil bei zwei Präsenztagen pro Woche selbst eine Anreise

aus Berlin nicht daran hindere, beim SWR zu arbeiten. Wie jedes Unternehmen in Baden-Württemberg komme mittlerweile jedoch auch der SWR nicht umhin, zukünftige Arbeitskräfte zu umwerben. Dabei habe der SWR im Vergleich zu vielen Unternehmen den Vorteil, damit werben zu können, eine Tätigkeit anzubieten, die gesellschaftlich wirklich von Bedeutung sei, weil an der Demokratie und am gesellschaftlichen Zusammenhalt mitgearbeitet werde, was gerade für junge Menschen manchmal mehr wert sei als Geld.

Zur aktuellen Entwicklung habe er Informationen, die noch keine zwei Wochen alt seien. Bekanntermaßen habe der rbb gegenüber der ARD mitgeteilt, das ARD-Mittagsmagazin, das allein vom rbb bezahlt worden sei, nicht fortsetzen zu können, jedoch angeboten, es weiterzuführen, wenn die ARD es finanziere. Dazu sei jedoch kein Sender der ARD bereit gewesen, auch der SWR nicht. Der SWR sei nicht gewillt, auch nur einen Cent in das Missmanagement der rbb-Vorgängeradministration zu stecken. Vor zwei Wochen habe dann der MDR kundgetan, sich vorstellen zu können, das ARD-Mittagsmagazin zu übernehmen, wenn es eine zweistündige Strecke werde. Die dafür erforderlichen Kapazitäten wären verfügbar und könnten genutzt werden.

Dann sei die Idee geboren gewesen, das ARD-Mittagsmagazin auf zwei Stunden auszudehnen und nach Mitteldeutschland zu verlagern. Er halte diesen Schritt medienpolitisch für richtig, und aus nationaler Perspektive sei es wichtig und richtig, dass auch in Ostdeutschland eine wichtige Sendung produziert werde. Der Nachteil sei jedoch, dass dafür beim SWR eine Sendung wegfalle, nämlich das ARD-Buffer, das der SWR der ARD seit 25 Jahren auf eigene Kosten zur Verfügung stelle. Das hervorragende Team habe die Sendung seinerzeit aus der Taufe gehoben, konzipiert und 25 Jahre lang mit großer Leidenschaft produziert.

Weil der SWR den Weg, das ARD-Mittagsmagazin nach Leipzig zu verlagern, für richtig halte, trage er diesen Weg mit, brauche jedoch für die Menschen, die derzeit für das ARD-Buffer arbeiteten, zunächst einmal noch eine Perspektive. Deshalb sei entschieden worden, das ARD-Buffer nicht zum Jahresende auslaufen zu lassen, sondern es noch ein weiteres Jahr fortzusetzen, jedoch auf einem anderen Sendepplatz, nämlich ab 11 Uhr, wohl wissend, dass es langfristig nicht sinnvoll sei, einen recht hohen Aufwand für ein Fernsehprogramm ab 11 Uhr zu betreiben, das nur noch von wenigen Menschen wahrgenommen werde. Deshalb werde das ARD-Buffer Ende 2024 eingestellt.

Beim ARD-Buffer arbeiteten derzeit etwa 30 Redaktionsmitglieder, und er sei, weil es sich um tolle Leute handle, sehr zuversichtlich, dass der SWR diese Menschen an anderer Stelle einsetzen könne. Denn eine gute Redakteurin bleibe eine gute Redakteurin und ein guter Redakteur ein guter Redakteur, und beispielsweise gebe es auch die Sendung „Kaffee oder Tee“, die nachmittags im SWR-Fernsehen ausgestrahlt werde.

Derzeit gingen mehr Menschen in den Ruhestand als jemals zuvor, und dies biete die Möglichkeit für interne Umverteilungen, bei Bedarf flankiert durch Umqualifizierungen. Die neue Personalchefin des SWR sei gerade dabei, dazu ein Transformationsnetzmanagement aufzubauen.

Das ARD-Buffer beim SWR werde also Ende 2024 auslaufen, doch dies heiße nicht, dass der Standort Baden-Baden in Gefahr wäre. Er weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in Baden-Baden das X Lab installiert worden sei, also der Innovationshub für den SWR. Der SWR habe dort für mehr als 50 Millionen € investiert und dort das Audionachrichtenzentrum für den gesamten SWR installiert. Alle Radionachrichten des SWR kämen somit aus Baden-Baden. Ferner habe der SWR dafür gesorgt, dass im übernächsten Jahr ARTE beim SWR einziehen werde. Dies alles würde nicht getan, wenn der Standort Baden-Baden als ein sterbender Standort angesehen würde. Er sei nach wie vor der zweitstärkste Standort im SWR nach Stuttgart, weit vor dem Standort Mainz. Insofern müsse sich niemand Gedanken machen, dass der SWR den Standort Baden-Baden auch nur infrage stellen könnte.

Der Standort Baden-Baden werde jedoch wie auch alle anderen Standorte künftig kleiner werden. Beispielsweise würden am Standort Baden-Baden die Werkstätten

geschlossen, weil nicht mehr die Ausstattungsleistungen wie früher benötigt würden. Deko werde heute elektronisch erzeugt, sodass kein Dekobau mehr gebraucht werde. Betroffen seien großartige Schreiner, Schlosser und Näher, doch wenn deren Arbeitsleistung beim SWR künftig nicht mehr gebraucht werde, erfolge eine Weiterqualifizierung beispielsweise zu Studiomeistern.

Die Inflationsrate wirke sich schon derzeit negativ auf die Ressourcen des SWR aus. Alles, was der SWR an Beitragseinnahmen über Plan bekomme, fließe auf ein Sonderkonto und trage dazu bei, dass der Rundfunkbeitrag in der nächsten Beitragsperiode entweder unverändert bleiben könne oder allenfalls nur maßvoll steige. Dieses zusätzliche Geld werde also nicht dafür verwendet, nicht unbedingt erforderliche Ausgaben zu tätigen.

Da der SWR von einer Inflationsrate von 2,5 % ausgegangen sei, ergebe sich derzeit ein Delta zur aktuellen Inflationsrate. Damit müsse der SWR jedoch leben, so wie andere Unternehmen auch. Der SWR werde in der laufenden Beitragsperiode mit dem Geld der Beitragszahler auskommen, und Mehrerträge, die erzielt würden, würden wie von der KEF gefordert als Davon-Ausweis ausgewiesen und nicht angetastet.

Im Übrigen hielten sich die Lohnabschlüsse nicht an die Steigerungsraten, die den Wirtschaftsplänen zugrunde lägen. Im Januar werde die nächste Tarifrunde beginnen, und er ahne bereits, dass sie nicht mit einer Steigerung um 2,5 % ausgehe, wie es in den Plänen des SWR stehe. Deshalb werde der SWR bereits derzeit kleiner.

Der SWR müsse mit diesem Schicksal umgehen; denn die in der Gesellschaft laufenden Diskussionen müssten ernst genommen werden. Deshalb versuche der SWR, einen Weg zu finden, um verantwortungsvoll mit dem Geld umzugehen, zugleich das bestmögliche Angebot zu machen und die Beschäftigten nicht zu überlasten. Gelegentlich werde vorgeschlagen, bei der KEF einfach einen wesentlich größeren Bedarf anzumelden, um in der Folge wesentlich mehr Geld zu erhalten, doch er persönlich glaube nicht, dass das funktionieren würde. Der SWR habe bei der KEF vielmehr sehr maßvoll angemeldet und die Steigerungsraten angesetzt, die es in der Vergangenheit gegeben habe. Damit dokumentiere der SWR, die Zeichen der Zeit verstanden zu haben.

Eine Verringerung der Zahl der beim SWR Beschäftigten bedeute im Übrigen nicht, dass auf die verbliebenen Beschäftigten immer mehr Arbeit zukomme. Vielmehr müsse anders und effizienter gearbeitet werden. Dort, wo neue Technik verantwortbar erscheine, müsse sie auch umgesetzt werden.

Zusagen in Sachen Altersversorgung, die in den letzten Jahrzehnten in Tarifverträgen festgeschrieben worden seien, seien natürlich einzuhalten. Deshalb müssten auch die erforderlichen Rückstellungen vorhanden sein. Während der Niedrigzinsphase habe der SWR dafür keine Kapitalerträge mehr erhalten. Langfristig werde sich die veränderte Zinsentwicklung eher positiv bemerkbar machen, auch wenn sich zu Beginn aufgestellte Prognosen nicht ganz erfüllten. Damit müsse der SWR umgehen. Bestehende Verträge und Zusagen seien jedoch einzuhalten.

Unter Bezugnahme auf die Wortmeldung des Abgeordneten der FDP/DVP teile er mit, die „Tagesschau“ sei das erfolgreichste Medienangebot auf TikTok und Instagram, und vor zwei Tagen habe die „Tagesschau“ zum ersten Mal ihre Präsenz bei Mastodon bekannt gemacht. Dabei handle es sich um den Versuch, WhatsApp eine Open-Source-Lösung entgegenzusetzen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei durchaus dort, wo junges Publikum sei, und verfolge auch den Weg, sich nicht in die Abhängigkeit von Drittplattformbetreibern zu begeben. Auch funk und DAS-DING wendeten sich an junges Publikum. Die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seien gleichwohl noch ausbaufähig.

Von den Menschen, die 70 und älter seien, erreiche der öffentlich-rechtliche Rundfunk jeden Tag 80 % mit mindestens einem Angebot. Ziel des SWR sei, in der Gruppe der unter 30-Jährigen wenigstens die Hälfte der Menschen zumindest einmal am Tag zu erreichen.

Um sich zu verbessern, mussten beispielsweise im Bereich Streaming Veränderungen vorgenommen werden. Wenn selbst Menschen seines Alters über ein Spotify-Abo verfügten oder Digitalangebote von Amazon nutzten, bestehe Handlungsbedarf beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Seine Kinder hätten keinen Fernseher und vermissten ihn auch nicht. Trotzdem seien sie topinformiert. Diesen Menschen müssten also Informationen und Unterhaltung dort angeboten werden, wo sie sie erwarteten. Deshalb gehe der SWR den Weg in Richtung digital, und deshalb habe er die Devise ausgegeben, das erfolgreichste Streaming-Angebot in Deutschland zu werden. Momentan lägen noch Netflix und Amazon davor.

Um das Ziel, erfolgreichster Streaming-Anbieter in Deutschland zu werden, zu erreichen, sei mit dem ZDF die Bildung eines Streaming-Netzwerks vereinbart worden. In der Summe seien ZDF und ARD auf Augenhöhe mit Amazon, sodass das Ziel, erfolgreichster Streaming-Anbieter in Deutschland zu werden, nicht unerreichbar sei. Noch im laufenden Jahrzehnt solle dieses Ziel erreicht werden. Im Übrigen seien ARD und ZDF die einzigen, die Regionalität in der Mediathek hätten, beispielsweise regionale Nachrichten, Informationen und Dokumentationen.

Er persönlich sei ein großer Sportfan, aber danach gehe es nicht. Unabhängig davon sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch weiterhin mitbieten, wenn es um Rechte für große Sportveranstaltungen gehe. Denn anderenfalls komme der Wettbewerb irgendwann zum Erliegen. Er verweise darauf, dass bereits beobachtet werden könne, dass in dem Moment, in dem große Sportevents nur hinter der Paywall verschwänden und es somit keinen Wettbewerb mehr gebe, die Abopreise sofort steil nach oben gingen. Deshalb sei der öffentlich-rechtliche Rundfunk, wenn er mitbiete, ein Stück weit auch der Garant dafür, dass der Wettbewerb weiter funktioniere.

Im Übrigen gebe es ohne den öffentlich-rechtlichen Rundfunk keinen Sportjournalismus mehr. Doch dieser sei für eine ausgewogene Berichterstattung, die sich beispielsweise auch mit dem Thema Doping befasse, erforderlich.

Zur Frauen-Fußball-WM hätten auf eine Ausschreibung der FIFA hin auch Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorgelegen. Diese seien der FIFA jedoch nicht hoch genug gewesen, woraufhin die FIFA die Ausschreibung aufgehoben habe und darauf gewartet habe, dass die Bieter nachlegen würden. Es sei jedoch nicht akzeptabel, im laufenden Verfahren die Regeln zu ändern.

Ein Abgeordneter der SPD merkte an, er wolle den zwei Begründungen des Intendanten für große Sportveranstaltungen noch eine hinzufügen. Denn aus seiner Sicht habe der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch die Aufgabe, gemeinsame Erlebnisse zu kreieren. Diese gebe es jedoch nicht mehr wie früher bei den großen Samstagabendshows, sondern bei Sportereignissen, bei denen generationenübergreifend gemeinsam etwas erlebt werde. Wenn dies bei einer Sportübertragung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschehe, rückten auch alle anderen Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die der Information dienten, ins Blickfeld und würden wahrgenommen. Im Übrigen dienten Sportveranstaltungen dem Zusammenhalt in der Gesellschaft, und diesen zu fördern gehöre ebenfalls zur Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Diese Auffassung dürfe angesichts dessen, dass ein Teil der Bevölkerung den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht akzeptiere, durchaus auch selbstbewusst vertreten werden.

Die Abgeordnete der Grünen äußerte unter Bezugnahme auf die Informationsreise des Ausschusses nach Oslo und den Besuch beim dortigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in manchen Bereichen könne sich die ARD durchaus auch Anregungen für Verbesserungen holen. Richtig gelobt worden sei in Norwegen jedoch der Rundfunkbeitrag in Deutschland wegen seines Beitrags zur Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Der Ausschussvorsitzende bedankte sich für die Ausführungen und stelle fest, der Diskussion sei zu entnehmen gewesen, wie wichtig dem Ausschuss der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei und wie sehr der Ausschuss bereit sei, den SWR auf seinem Weg zu unterstützen.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen,
von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

24.5.2023

Freiherr von Eyb